

Änderungsantrag Nr.

TE083

Beantragt von

Datenritter und lkl

Programm

Wahlprogramm/Parteiprogramm

Schlagworte Pro

Schlagworte Contra

Beantragte Änderungen

Der Bundesparteitag möge beschließen, folgende Forderungen in das Grundsatzprogramm aufzunehmen:

1 (volkswirtschaftliche Rechtfertigung, Inkaufnahme von Schutzlücken)

1. Patente müssen volkswirtschaftlich gerechtfertigt sein.
2. Insbesondere dürfen die "Genialität des Erfinders" oder die Erfüllung künstlicher Kriterien wie "Technizität", "technischer Beitrag" o.ä. nicht für die Erteilung von Patenten ausreichend sein.
3. Ggf. muss man "Schutzlücken" – zum Nachteil einzelner Unternehmen – in Kauf nehmen, wenn dieses zum Wohle der Volkswirtschaft oder der Gesellschaft geschieht.
4. Alternative Systeme zur Marktregulierung sind branchenabhängig in Betracht zu ziehen und ggf. anstelle des Patentsystems einzusetzen.

2 (Ablehnung von Softwarepatenten)

1. Software muss von Patentansprüchen freigehalten werden.
2. Jeder muss das Recht haben, Software zu schreiben, zu verbreiten und zu nutzen, ohne durch Patentansprüche eingeschränkt zu werden.

3 (parlamentarische Kontrolle)

1. Patentämter müssen unter parlamentarischer Kontrolle stehen.
2. Patentämter dürfen sich nicht unabhängig, insbesondere nicht durch Einnahmen aus Patentgebühren finanzieren.

4 (unwissentliche Verletzung)

Patente müssen so gestaltet sein, dass es unwahrscheinlich ist, ein Patent unwissentlich zu verletzen.

5 (Problematik der getrennten Klagewege)

1. Im Falle eines Patentverletzungsprozesses sollte der Beklagte die Möglichkeit haben, die Rechtmäßigkeit des Patentes prüfen zu lassen.
2. Dies sollte zeitnah möglich sein, insbesondere bevor im Verletzungsprozess ein Urteil gefällt wird.

Begründung

Hinweis: Abgestimmt wird über den Antragstext oben. Das Folgende sind die Gründe, die die Autoren sahen, andere könnten andere sehen.

Zitat aus der Diskussion unten: Die geforderten Änderungen, insbesondere die Besinnung auf volkswirtschaftliche Betrachtungen, kommen einem Paradigmenwechsel im Patentwesen gleich. Das erkennt man, wenn man sich ansieht, wie das System zur Zeit praktiziert wird.

zu 1

- Das Patentsystem wächst zu einem Problem heran. Es gibt eine Flut von Patenten, darunter Trivial- und Softwarepatente. Viele Unternehmen brauchen mittlerweile mehr Schutz vor Patenten als Schutz *durch* Patente.
- Patente sind (zeitlich begrenzte) Monopolrechte mit weitreichenden wirtschaftlichen Folgen. Ob sie Innovationen fördern ist umstritten und branchenabhängig. Sie müssen daher mit großer Behutsamkeit vergeben werden.
- Für Patente gibt es eine volkswirtschaftliche Rechtfertigung, nämlich die Verringerung des Konkurrenzdrucks, wenn dieser Investitionen absehbar unrentabel macht – also wenn Entwicklungskosten hoch und Nachahmungskosten niedrig sind*.
- Das Patentsystem darf jedoch kein System des allgemeinen "Innovationsschutzes" werden.
- Ein Beispiel für ein branchenspezifisches alternatives System ist der von der Piratenpartei Schweden erarbeitete Vorschlag für eine Alternative zu Pharmapatenten [\[2\]](#).

(* Anm.: Man sollte nicht nach Rechtfertigungen für einzelne Patente suchen, sondern das System so einstellen, dass es im Mittel eine positive Wirkung entfaltet. Diskussionen über Einzelfälle sind i.d.R. nicht zielführend.)

zu 2

- Softwarepatente sind besonders gefährlich, weil sie die Entwicklung von Software nahezu unmöglich machen könnten.
- Nur Großkonzerne profitieren von ihren umfangreichen Patentportfolios, die sie als juristische Waffe einsetzen.
- Softwarepatente stehen in Konflikt mit dem Urheberrecht. Auch wenn man keinerlei fremden Code kopiert, kann eine selbstgeschriebene Software ohne weiteres hunderte von Patenten verletzen. Das ist absurd und innovationsfeindlich – und eine große Gefahr für kleine und mittelständische Unternehmen, sowie für die Entwickler freier Software.
- In der Softwarebranche ist ein Nachahmer, der nicht gegen das Urheberrecht verstößt, volkswirtschaftlich betrachtet wünschenswert. Sein Aufwand ist vergleichbar mit dem des Autors der ursprünglichen Software. Konkurrierende Produkte beleben den Markt, die beste Lösung setzt sich durch.

- Softwarepatente würden zur Blockade von Ideen und Konzepten und somit zur Bildung von Oligopolen^[1] führen.
- Bislang gibt es keinerlei Beleg für nennenswerte "Schutzlücken" im Softwarebereich. Wann immer die Rede ist von einem Patentschutz für "computerimplementierte Erfindungen", "technische Software", "Software mit technischem Beitrag", etc., geht es offensichtlich darum, Software auf abenteuerliche Weise nach derzeitigen Kriterien als patentierbar darzustellen.
- Aus Sicht eines einzelnen Unternehmens mag es durchaus sinnvoll sein, so viele Patente wie möglich zugesprochen zu bekommen – und zu diesem Zwecke derartige Tricks anzuwenden. Volkswirtschaftlich aber schadet dies.

zu 3

- An der sich zuspitzenden Situation ist maßgeblich die freizügige Erteilungspraxis des Europäischen Patentamtes (EPA) schuld.
- Dessen Selbstfinanzierungsmodell ([siehe](#)) motiviert zur Annahme von Patenten.
- Es besteht ein regelrechtes Kunde-Dienstleister-Verhältnis zwischen Patentanmeldern und dem EPA.
- Die Arbeitsbedingungen für Patentprüfer sind so gestaltet, dass die Annahme von Patenten leichter fällt als die Ablehnung. Seit langem beklagen die Mitarbeiter des EPA unangemessene Produktivitätsvorgaben und warnen vor einer sinkenden Qualität bei den erteilten Patenten. (Sie streikten daher mehrmals in den Jahren 2006 und 2007.)
- Das EPA ist keine Behörde. Andernfalls könnte es durch Parlamente kontrolliert werden, u.a. durch Zuteilung von Mitteln.
- Bisherige EU-Richtlinieninitiativen räumen dem EPA eine zu mächtige Position ein und lassen wichtige Korrektive vermissen.

zu 4

- Der *Offenlegungsgedanke* ist dem Patentsystem in weiten Teilen verloren gegangen.
- Viele Patente sind viel zu abstrakt und enthalten weder die Informationen, die man benötigt, um die "Erfindung" nachzubauen, noch sind sie präzise genug, um sicher abschätzen zu können, ob man ein Patent verletzt.
- Zu oft werden absolut naheliegende Ideen patentiert.

zu 5

- In Patentverletzungsprozessen ist der Beklagte in einer bedrückenden Situation, denn
 - Er kann nur in einem getrennten Verfahren auf Nichtigkeit klagen,

- Ihm können drastische Maßnahmen auferlegt werden.
(Unterlassung, Rechnungslegung, Vernichtung der produzierten Güter, etc.)
- Fälle der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie mittels fragwürdiger Patente und Patentverletzungsklagen tief in die unternehmerische Tätigkeit der Beklagten eingegriffen wird^[2].
- Wird aber gegen ein Patent vorgegangen, kann es Jahre dauern, bis darüber entschieden und das Patent für ungültig erklärt wird.

Quellen/Fußnoten

1. [↑] [Oligopole](#) sind vereinfacht gesagt wie Monopole, aber mit einer Mehrzahl von Monopolisten.
 2. [↑] Print & Produktion 3/2008, *Patentrechtsstreit verunsichert Web-to-Print-Branche* ^[1].
- Ein Dokument, das so ziemlich alles erklärt, was hier steht, ist das [Gutachten "Patentschutz und Innovation"](#). (Ca. 30 Seiten.) Es wurde 2007 vom [wissenschaftlichen Beirat](#) am *Ministerium für Wirtschaft und Technologie* erstellt. Das Gutachten benennt folgende Fehlentwicklungen im europäischen Patentsystem:
 1. Anmeldungen und Erteilungen nehmen doppelt so schnell zu wie Ausgaben für Forschung und Entwicklung.
 2. Es gibt eine Mehrbelastung der Patentämter, auch durch komplexere Patente (mit mehr Teilansprüchen).
 3. Bündelpatente, "Minenfelder" von Patenten.
 4. Die Qualität der Patente ist gesunken.
 5. Die Erteilungsrate (Anteil gewährter Patente im Verhältnis zur Zahl der beantragten) liegt trotz immer mehr Einreichungen fast konstant bei 67%.
 6. Der Mehraufwand bei Zurückweisung eines Antrags (70% höherer Aufwand) wird vom EPA ignoriert.
 7. Die Zahl der Einspruchsverfahren (relativ zur Gesamtzahl) hat sich halbiert, insbesondere in Bereichen Elektro- & Informationstechnik.
 - Ein lesenswerter Artikel in der englischen Wikipedia: [Tragedy of the anticommons](#).